

Praxishandbuch des neuen Erbrechts

herausgegeben von

Dr. Peter Barth

Leitender Staatsanwalt im Bundesministerium für Justiz
Leiter der Abteilung für Personen-, Familien- und Erbrecht

Dr. Ulrich Pesendorfer

Richter des Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien
Stellvertretender Leiter der Abteilung für Personen-,
Familien- und Erbrecht im Bundesministerium für Justiz

Linde

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorinnen- und Autorenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

Kapitel 1: Einleitung

Hintergründe und Ziele der Reform (Ulrich Pesendorfer)	3
I. Entwicklung des Erbrechts bis zur Reform 2015	4
A. Entwicklung des erbrechtlichen Gesetzesbestands	4
B. Entwicklung in Rechtsprechung und Lehre	4
II. Entstehungsgeschichte und Hintergründe des ErbRÄG 2015	5
A. Der Weg zum internen BMJ-Entwurf	5
B. Interner Entwurf	6
C. Vom Ministerialentwurf bis zum BGBI	7
III. Ziele der Reform	8
A. Globalziele	8
B. Konkretisierung der Globalanliegen	8
1. Beseitigung der Rechtsunsicherheit	8
2. Verbesserung der Übersichtlichkeit der Rechts- ordnung	9
3. Stärkung der Testierfreiheit und erhöhte Planbarkeit	10
4. Pflegeleistungen – erbrechtliche Berücksichtigung	10
5. Sprachliche Anpassung	11
6. Anpassung an geänderte wirtschaftliche, soziale und gesell- schaftliche Verhältnisse	12
a) Berücksichtigung der Lebensgemeinschaft im Erbrecht	13
b) Aufhebung der besonderen Formvorschriften für Personen unter Sachwalterschaft	13
c) Aufhebung überkommener Einschränkungen des Erben	13
d) Geänderte wirtschaftliche und soziale Verhältnisse	13
IV. Nicht verwirklichte Forderungen	14

**Kapitel 2:
Erlangung der Erbschaft**

Entstehung des Erbrechts, Erbverzicht, Erbschaftserwerb und Verjährung (Ulrich Pesendorfer).....		17
I.	Allgemeines	18
II.	Entstehung des Erbrechts	18
	A. Erbanfall	18
	B. Vererblichkeit des Erbrechts	18
	C. Erbfähigkeit	19
	1. Beurteilung der Erbfähigkeit	19
	2. Rechtsfähigkeit – absolute Erbfähigkeit	20
	D. Erbunwürdigkeit – relative Erbfähigkeit	21
	1. Absolute und relative Erbunwürdigkeitsgründe	21
	2. Die einzelnen Erbunwürdigkeitsgründe	22
	a) Strafbare Handlung gegen den Verstorbenen	22
	b) Strafbare Handlung gegen die Verlassenschaft	22
	c) Vereitelung des letzten Willens	25
	d) Strafbare Handlung gegen nächste Angehörige	25
	e) Zufügung von schwerem seelischen Leid	26
	f) Verletzung von Pflichten aus dem Eltern-Kind-Verhältnis	27
	3. Verzeihung	27
	4. Gegenüberstellung Erbunwürdigkeits- und Enterbungsgründe	28
	5. Übergangsrecht	28
III.	Erbverzicht	29
	A. Allgemeines	29
	B. Aufhebung des Erbverzichts	29
	C. „Im Zweifel“ auch Pflichtteilsverzicht	30
	D. Wirkung auf die Nachkommen	32
	E. Übergangsrecht	32
IV.	Erbschaftserwerb	33
	A. Ermächtigung, das Verlassenschaftsvermögen zu übernehmen	33
	B. Berechtigung zum Antritt oder Ausschlagung einer Erbschaft	33
	C. Erbausschlagung	34
	D. Absonderung der Verlassenschaft	34
V.	Verjährung	35

Kapitel 3: Gesetzliche Erbfolge

Erbrechtliche Absicherung des Ehegatten, eingetragenen Partners und Lebensgefährten (<i>Astrid Deixler-Hübner</i>)	39
I. Einleitung	40
II. Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten und eingetragenen Partners	40
A. Allgemeines	40
B. Erbrecht bei aufrechter Partnerschaft	41
C. Erbrecht bei Auflösung der Ehe und eingetragenen Partnerschaft	42
1. Rechtskraft der Auflösungsentscheidung	42
2. Eingeleitetes Auflösungsverfahren	43
a) Alte Rechtslage	43
b) Neue Rechtslage	44
III. Außerordentliches Erbrecht des Lebensgefährten	45
A. Allgemeines	45
B. Voraussetzungen	46
C. Definition der Lebensgemeinschaft	47
D. Lebensgemeinschaft zu mehreren Partnern?	48
IV. Gesetzliches Vorausvermächtnis des Ehegatten/eP und Lebensgefährten	48
A. Ehegatte – eingetragener Partner	48
B. Lebensgefährte	48
V. Unterhalt und Erbrecht	49
A. Allgemeines	49
B. Unterhalt bei aufrechter Ehe	50
1. Anspruchsgrund	50
2. Höhe des Unterhalts – Anrechnung von Einkünften und (letztwilligen) Zuwendungen	51
3. Ansprüche von Gläubigern und Vermächtnisnehmern	51
C. Nachehelicher Unterhalt	52
1. Tod des Unterhaltsberechtigten	52
2. Tod des Unterhaltsverpflichteten	52
a) Allgemeines	52
b) Haftung der Erben	52
c) Anrechnung von Zuwendungen und Einkünften	53
d) Herabsetzung	53
Anrechnung beim Erbteil (<i>Martin Schauer</i>)	55
I. Bisher geltendes Recht	56
II. Neue Rechtslage	57

**Kapitel 4:
Gewillkürte Erbfolge**

Letztwillige Verfügungen und Vereinbarungen von Todes wegen (Christoph Mondel)	61
I. Neue Strukturierung und Terminologie	62
II. Änderungen in der Terminologie	62
III. Auslegung letztwilliger Anordnungen	64
IV. Anwachsung	65
V. Testierfähigkeit	66
VI. Formen der letztwilligen Verfügung	67
A. Eigenhändige letztwillige Verfügungen	67
B. Fremdhändige letztwillige Verfügungen	67
C. Gerichtliche und notarielle Verfügung	68
D. Nottestament	69
E. Gemeinschaftliche letztwillige Verfügungen	69
VII. Zeugen letztwilliger Anordnungen	69
VIII. Erbvertrag und Schenkung auf den Todesfall	70
Letztwillig Verfügungen bei Zweifeln an der Testierfähigkeit (Michael Ganner/Eva Nachtschatt)	73
I. Grundlegende Voraussetzungen	74
II. Testierfähigkeit	76
A. Handlungsfähigkeit	76
B. Partielle Testierfähigkeit	78
C. Testierunfähigkeit	79
D. Beweislast	80
III. Wie kann man Testier(un)fähigkeit feststellen?	81
IV. Testieren unter Sachwalterschaft	86
A. Rechtslage vor 2017	86
B. Rechtslage nach 2017 – ohne formale Beschränkung gem § 568 ABGB nF	87
V. Pflichten von Gericht, Notar und Rechtsanwalt bei Testaments- errichtung	88
A. Gericht	88
B. Notar/-in und Rechtsanwalt/Rechtsanwältin	91
VI. Sachverständige	96
VII. Aufgaben von Sachwaltern, Vorsorgebevollmächtigten und anderen Unterstützern	98
VIII. Schluss	99
ErbRÄG 2015 – Neues im Vermächtnisrecht (Ulrich Pesendorfer)	101
I. Allgemeines	103
II. Grundsätze	103
A. Berufung zum Vermächtnisnehmer	103

	B. Voraus- und Hineinvermächtnis	104
	C. Vermächtnisschuldner	105
	D. Untervermächtnis	106
	E. Verteilungsvermächtnis	106
	F. Ersatz- und Nachvermächtnis	106
	G. Gegenstand des Vermächtnisses und Lasten	106
	H. Unmöglichkeit	107
III.	Arten von Vermächtnissen	107
	A. Allgemeine Definition	107
	B. Gattungsvermächtnis	108
	C. Geldvermächtnis	108
	D. Vermächtnis einer bestimmten Sache	108
	E. Vermächtnis einer fremden Sache und Verschaffungs- vermächtnis	108
	F. Befreiungsvermächtnis	109
	G. Forderungsvermächtnis	109
	H. Schuldvermächtnis	109
	I. Vermächtnis des Unterhalts	110
	J. Vermächtnis der Ausbildung	110
	K. Vermächtnis der Möbel und des Hausrats	110
	L. Vermächtnis eines Behältnisses	110
	M. Strafvermächtnis	111
	N. Gesetzliche Vermächtnisse	111
IV.	Erwerb von Vermächtnissen	111
	A. Anfallstag und Erwerbsvoraussetzungen	111
	B. Fälligkeit der Vermächtnisse	112
	1. Vermächtnisse von Geld und Sachen außerhalb der Verlassenschaft	112
	2. Vermächtnisse von Sachen aus der Verlassenschaft	112
	C. Rentenvermächtnis	112
	D. Recht des Vermächtnisnehmers auf Sicherstellung	113
	E. Schicksal eines frei gewordenen Vermächtnisses	113
	F. Rechte des Erben	114
	1. Wenn die Lasten die Verlassenschaft erschöpfen	114
	2. Wenn die Lasten die Verlassenschaft übersteigen	114
	Testamentarisches Erbrecht des Ehegatten/eingetragenen Partners und Lebensgefährten (Astrid Deixler-Hübner)	115
I.	Allgemeines	116
II.	Erbeinsetzung bei bereits beendeter Partnerschaft	116
	A. Erbeinsetzung während der Ehe bzw eingetragenen Partner- schaft	116
	B. Erbeinsetzung vor der Eheschließung bzw Eingehens der eingetragenen Partnerschaft	117

III.	Anhängiges Auflösungsverfahren	118
IV.	Auflösung der Lebensgemeinschaft	119
Kapitel 5:		
Pflegevermächtnis		
Die Abgeltung von Pflegeleistungen im Rahmen des Erbrechts		
	(Matthias Neumayr/Melanie Kiener)	123
I.	Die aktuell noch geltende Rechtslage zur Abgeltung von Pflegeleistungen durch Angehörige	125
	A. Sozialrechtliche Lösung: Pflegegeld	125
	B. Schuldrechtliche Lösung: Bereicherungsrechtliche Abgeltung ...	127
II.	Das Reformanliegen des Gesetzgebers	127
	A. Grundsätzliches Anliegen	127
	B. Der Weg der Reform	128
	1. Wissenschaftliche Vorarbeiten ab dem 17. Österreichischen Juristentag 2009	128
	2. Ministerialentwurf des ErbRÄG 2015, 100/ME 25. GP	129
	3. Regierungsvorlage 688 BlgNR 25. GP	130
III.	Die Rechtslage in Deutschland und in der Schweiz	131
	A. Die gesetzliche Ausgleichung in Deutschland	131
	1. Ziel und Entwicklung der gesetzlichen Regelung	131
	2. Der Gesetzeswortlaut des § 2057a BGB	131
	3. Ausgleichungsberechtigte	132
	4. Pflegeleistungen	132
	5. Subsidiarität des Ausgleichungsanspruchs	133
	6. Bemessung des Ausgleichungsanspruchs	133
	7. Durchführung der Ausgleichung	133
	8. Fazit zur deutschen Rechtslage	134
	B. Der „Lidlohn“ in der Schweiz	134
	1. Ziel und Entwicklung der gesetzlichen Regelung	134
	2. Anspruchsberechtigte	135
	3. Zuwendung von Arbeit oder Einkünften	136
	4. Angemessene Entschädigung	136
	5. Geltendmachung der Lidlohnforderung	137
	6. Stillschweigender Arbeitsvertrag gem Art 320 Abs 2 OR ...	137
	7. Fazit zur schweizerischen Rechtslage	138
IV.	Das Pflegevermächtnis: Anspruchsvoraussetzungen	138
	A. Die gesetzliche Neuregelung im ABGB und ihr Ziel	138
	B. Pflegebedürftigkeit und Pflege	139
	1. Begriff der Pflege (§ 677 Abs 2 ABGB); Finanzierung von Drittpflege	139
	2. Dauer der Pflege	139
	3. Ausmaß der Pflege	140
	4. Verhältnis zu Beistandspflichten	140
	5. Ausschluss des Pflegevermächtnisses durch Zuwendung oder Entgeltvereinbarung	141

6. Anspruchsberechtigte	142
7. Verhältnis zu Bereicherungsansprüchen (insb § 1435 ABGB)	143
V. Das Pflegevermächtnis: Die Bemessung der Höhe und die verfahrensrechtlichen Begleitregelungen dazu	144
A. Höhe des Pflegevermächtnisses (§ 678 Abs 1 ABGB)	144
B. Art der Leistung des Vermächtnisses	147
C. Verhältnis zu anderen erbrechtlichen Ansprüchen (§ 678 Abs 2 ABGB)	147
1. Pflegevermächtnis und Anrechnung	147
2. Berechnungsbeispiele	148
D. Die verfahrensrechtlichen Begleitregelungen (§ 174a AußStrG)	149
1. Herstellung des Einvernehmens im Verlassenschafts- verfahren	150
2. Keine Einigung	150
3. Vorbereitung des Einigungsversuchs durch Unterlagen aus dem Pflegegeldakt	151
a) Inhalt des Pflegegeldakts des Sozialversicherungs- trägers	151
b) Gesetzliche Durchbrechung des Grundrechts auf Datenschutz	151
c) Welche Informationen können aus Pflegegeldakten erwartet werden?	152
VI. Übergangsbestimmungen	153
VII. Zusammenfassung	153

**Kapitel 6:
Pflichtteilsrecht**

Pflichtteilsrecht neu (Peter Barth)	157
I. Allgemeines	159
II. Pflichtteil, Pflichtteilsdeckung und Pflichtteilsanspruch	159
A. Allgemeines	159
B. Pflichtteilsdeckung	159
1. Zuwendungen auf den Todesfall des Verstorbenen	160
2. Schenkungen zu Lebzeiten des Verstorbenen	162
3. Bedingungen und Belastungen der Zuwendungen	162
C. Pflichtteilsanspruch	164
III. Pflichtteilsberechtigung	164
A. Allgemeines	164
B. Abstrakte Pflichtteilsberechtigung	165
C. Konkrete Pflichtteilsberechtigung	166

	D. Repräsentation	168
	1. Nachkommen abstrakt pflichtteilsberechtigter Personen	168
	2. Repräsentationsregeln	168
IV.	Höhe des Pflichtteils	171
	A. Pflichtteilsquote	171
	B. Quotenerhöhung	171
	1. Keine Quotenerhöhung bei Pflichtteilsverzicht oder Ausschlagung eines abstrakt Pflichtteilsberechtigten	171
	2. Quotenerhöhung bei Wegfall eines abstrakt Pflichtteils- berechtigten aus anderen Gründen	173
	C. Bemessungsgrundlage	175
V.	Pflichtteilsschuldner	176
	A. Außenverhältnis	176
	B. Innenverhältnis	176
VI.	Anfall, Fälligkeit und Verjährung	178
	A. Grundsatz	178
	B. Stundung	179
	1. Letztwillig verfügte Stundung	180
	2. Stundung durch das Gericht	182
	3. Sicherheitsleistung und Anpassung der Stundungs- regelung	184
	C. Verjährung	184
VII.	Ausschluss von der Pflichtteilsberechtigung	185
	A. Enterbung	185
	1. Enterbungsgründe	185
	2. Form und Ursache der Enterbung	188
	3. Widerruf der Enterbung und Verzeihung	188
	4. Beweislast	189
	B. Pflichtteilsminderung	189
	1. Pflichtteilsminderungsgründe	189
	2. Form und Ursache der Pflichtteilsminderung	190
	3. Widerruf der Pflichtteilsminderung und Verzeihung	191
	4. Beweislast	191
VIII.	Übergangsrecht	191
	Hinzu- und Anrechnung von Schenkungen (Martin Schauer).....	193
I.	Grundlagen	195
II.	Wesentliche Merkmale	196
	A. Rechtsquellen	196
	B. Hinzurechnung und Anrechnung	197
	C. Keine Unterscheidung von Vorempfang und Schenkung	197
III.	Gegenstand der Anrechnung	197
	A. Schenkungen unter Lebenden und Schenkungen von Todes wegen	197

B.	Ausstattung eines Kindes und Vorschuss auf den Pflichtteil	198
C.	Abfindung für Erb- und Pflichtteilsverzicht	199
D.	Vermögenswidmung an eine Privatstiftung und Einräumung einer Begünstigtenstellung	199
	1. Bisher geltendes Recht	199
	2. Neue Rechtslage	201
	a) Unzulässigkeit der Doppelberücksichtigung	201
	b) Einräumung der Begünstigtenstellung als Schenkung ...	203
	aa) Voraussetzungen der Hinzu- und Anrechnung	203
	bb) Gegenstand der Hinzu- und Anrechnung	204
	c) Beschränkung auf das vom Verstorbene gewidmete Vermögen	207
E.	Den unentgeltlichen Rechtsgeschäften gleichkommende Leistungen	207
	1. Allgemeines	207
	2. Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeregelungen	208
	a) Grundlagen	208
	b) Meinungsstand zum bisher geltenden Recht ⁴⁸	208
	c) Schlussfolgerungen für die neue Rechtslage	210
IV.	Durchführung der Hinzu- und Anrechnung	212
	A. Rechnerische Vorgangsweise	212
	B. Bewertung der Schenkung (§ 788 ABGB)	213
	1. Bisher geltendes Recht	213
	2. Neue Rechtslage	215
V.	Ausnahmen von der Hinzu- und Anrechnung	215
	A. Schenkungen ohne Schmälerung des Stammvermögens, zu gemeinnützigen Zwecken und aus sittlicher Pflicht	215
	B. Schenkungen an nicht pflichtteilsberechtigte Personen und Zweijahresfrist	217
	1. Überblick	217
	2. Zum Kreis der pflichtteilsberechtigten Personen gehörender Beschenkte	217
	3. Die wirklich gemachte Schenkung	219
	C. Erlass der Anrechnung	221
VI.	Auskunftsanspruch	221
VII.	Haftung des Beschenkten	223
	A. Bisher geltendes Recht	223
	B. Neue Rechtslage	223
	1. Grundlagen	223
	2. Mehrere Beschenkte	224
	3. Pflichtteilsberechtigter Beschenkte	225
	4. Stundung und Ratenzahlung	226
VIII.	Resümee	226

Pflichtteilsrecht und Unternehmensbewertung bei der Gründung von Unternehmensstiftungen (Hanns F. Hügel/Ewald Aschauer).....	227
I. Unternehmensstiftung und Pflichtteilsproblematik	229
II. Grundstruktur des Pflichtteilsrechts und Bewertungsfragen	231
A. Pflichtteil als „Wertanspruch mit Erblasserwahl“	231
B. Hauptfragen der Bewertung im Pflichtteilsrecht	232
1. Bestimmung des Wertanspruchs und Ermittlung der Bemessungsgrundlage durch Bewertung von Nachlass und Vorschenkungen	232
2. Bewertung von anrechnungspflichtigen letztwilligen Zuwendungen und Vorschenkungen an den Pflichtteilsberechtigten zur Beurteilung der Pflichtteilsdeckung – Ablehnung des „Verwertbarkeitskriteriums“ durch das ErbRÄG 2015	237
III. Stabilisierung von Familienunternehmen durch Unternehmensstiftungen	241
A. Bedeutung des Auslaufens der Erbschaftssteuer	241
B. Belastung durch Pflichtteilsansprüche der früheren Erbschaftssteuerbelastung quantitativ vergleichbar	242
C. Die unzureichende Stundungsregelung des § 766 ABGB nF	243
D. Vermeidung des Erbanges an Unternehmensanteilen durch Übertragung auf eine Stiftung	244
IV. Pflichtteilsrechtliche Gestaltungsvarianten	246
A. Vertraglicher Pflichtteilsverzicht gegen Einräumung einer Begünstigtenstellung	246
B. Wegfall der Hinzurechnungspflicht der Vermögenswidmung nach Ablauf der Zwei-Jahres-Frist (§ 782 Abs 1 ABGB nF)	252
1. Mangelnde Pflichtteilsberechtigung der Stiftung	252
2. Fristbeginn im Zeitpunkt des „Vermögensopfers“	252
C. Pflichtteilsdeckung durch Einräumung einer Begünstigtenstellung	256
1. Schrifttum zum alten Erbrecht	256
2. Rechtslage aufgrund des ErbRÄG 2015	257
a) Hinzü- und anrechnungspflichtige Zuwendungen bei Stiftungen	257
b) Keine klagbaren Ausschüttungsansprüche erforderlich	259
c) Vermögenswidmung/Einräumung der Begünstigtenstellung durch den Stifter	261
d) Fallbeispiel 1: Gleichbehandlung der Kinder als Begünstigte der Stiftung	262
e) Fallbeispiel 2: Ungleichbehandlung der Kinder	264

	f) Fallbeispiel 3: Umgehung des Pflichtteilsrechts mittels Stiftungen	264
	g) Fallbeispiel 4: Sachlich beschränkter Pflichtteilsverzicht bei Vermögenswidmung an eine Stiftung	265
V.	Bewertung von Unternehmen und Unternehmensanteilen	266
	A. Zukunftsorientiertheit der Unternehmensbewertung	266
	B. Stichtagsprinzip der Bewertung	268
	C. Bewertungsobjekte: Unternehmen, Unternehmensanteil, Begünstigtenstellung	269
	D. Die Kapitalwertmethode als Hauptverfahren der Unternehmensbewertung	270
	E. Die Anteilsbewertung und die Bewertung von Anteilen mit unterschiedlicher Ausgestaltung	274
	1. Wert von Stimmrechten	276
	2. Unterschiedliche Vermögensrechte	279
	3. Veräußerungsbeschränkungen	280
	4. Börsenkurs	283
VI.	Zusammenfassung	285
	Liegenschaftsbewertung (Markus Reithofer)	287
I.	Allgemeines	289
	A. Liegenschaftsbewertungsgesetz – LBG	290
	B. Ö-NORM B 1802 – 1 / – 2 / – 3	290
	C. Verkehrswert	290
	D. Wertermittlungsverfahren	291
	E. Das Gutachten als Spiegel des Marktes	292
II.	Vergleichswertverfahren	292
	A. Anwendungsfälle	293
III.	Sachwertverfahren	293
	A. Bodenwert	294
	B. Bauzeitwert	295
	1. Wertminderung infolge Mängeln, Schäden oder rückgestauten Reparaturbedarfs	295
	2. Alterswertminderung	295
	a) Technische Lebensdauer	295
	b) Wirtschaftliche Nutzungsdauer	296
	c) Gewöhnliche Lebensdauer	296
	d) Lineare Wertminderung	298
	e) Progressive Wertminderung – Ross’sche Formel	298
	f) Parabolische Wertminderung	299
	g) Zustandsnoten nach Heideck	300
	3. Wertminderung infolge verlorenen Bauaufwandes	300
	4. Außenanlagen	301
	5. Umsatzsteuer	301
	6. Anwendungsfälle	301

IV.	Ertragswertverfahren	301
	A. Liegenschaftszinssatz	303
	B. Renditedefinition	305
	1. Anfangsrendite	306
	2. Anwendungsfälle	306
	C. Persönliche Dienstbarkeiten	306
	1. Berechnungsmethodik	307
	a) Beispiel I: Ermittlung des Leibrentenbarwertfaktors	310
	b) Beispiel II: Sachwert diskontiert	312
	c) Beispiel III: Berechnung der Last aus dem Nutzungswert (Kostenmiete)	315
	D. Veräußerungs- oder Belastungsverbot	318
V.	Anhang: Sterbetafel (2010/12)	324

Kapitel 7: Verfahrensrecht

Verfahrensrechtliche Änderungen durch das ErbRÄG 2015

	<i>(Robert Fucik)</i>	333
I.	Allgemeines	334
II.	Die Regelungen im Überblick	334
	A. Änderungen	334
	B. Terminologisches	335
	C. Vermögensermittlung und Testamentsabfrage	335
	D. Wertgrenze	336
	E. Rechte der Pflichtteilsberechtigten bei der Inventarerrichtung	336
	F. Pflegeleistungen	336
	1. Materiell-rechtlicher Hintergrund	336
	2. Verfahrensbestimmungen	337
III.	Die Pflichtteilsstundung im Besonderen	338
	A. Materiell-rechtliche Grundlage	338
	B. Verfahrensrechtliche Bestimmungen	339
	C. Einige offene Fragen	340
	1. Rechtsweg	340
	2. Antragslegitimation (die Parteirollen)	341
	3. Die Klage des Pflichtteilsberechtigten (Einreden des Erben)	342
	4. Urteilssprüche zur Pflichtteils(ergänzungs)klage	344
	5. Die Kostenentscheidung	345
	6. Klage des Erben gegen den Pflichtteilsberechtigten	347
	7. Sicherstellung	348
	8. Informationsverpflichtungen	349

Kapitel 8: Internationales Erbrecht

Die EuErbVO (Thomas Traar)	353
I. Einleitung	357
II. Bisherige Rechtslage	357
III. Entwicklung der VO	357
IV. Überblick über die VO	358
V. Ziele der VO (ErwGr 7 und 80)	358
VI. Auslegung der VO	359
VII. Verhältnis zum nationalen Recht	359
VIII. Anwendungsbereich	360
A. Sachlich (Art 1)	360
1. Allgemein	360
2. Die Ausnahmen des Art 1 Abs 2	361
a) Personenstand iwS (lit a bis c)	361
b) Ehegüterrecht (lit d)	362
c) Unterhaltspflichten außer derjenigen, die mit dem Tod entstehen (lit e)	362
d) Rechtsgeschäfte unter Lebenden (lit g)	362
e) Gesellschaftsrecht (lit h und i)	363
f) Die Art und die Registrierung dinglicher Rechte (lit k und l)	363
3. Vorfragen	364
B. Zeitlich (Art 83)	364
1. Inkrafttreten und Geltungsbeginn	364
2. Übergangsbestimmungen für Rechtswahl und letztwillige Verfügungen	364
C. Örtlich	365
1. Allgemeiner örtlicher Geltungsbereich	365
2. Grenzüberschreitender Bezug	365
3. Erfassung des gesamten Nachlasses/der Nachlass- einheit	365
D. Persönlich	365
E. Verhältnis zum Völker- und Europarecht	366
1. Verhältnis zum Europarecht (Art 76)	366
2. Verhältnis zu multilateralen Übereinkommen (Art 75)	366
3. Verhältnis zu bilateralen Übereinkommen mit Drittstaaten (Art 75)	366
4. Verhältnis zu bilateralen Übereinkommen mit Mitglied- staaten (Art 75)	366
IX. Definitionen (Art 3)	366

X.	Internationale Zuständigkeit (Kapitel II)	367
A.	Allgemein	367
B.	Verhältnis zum nationalen Recht	367
1.	Allgemein	367
2.	Vergleich zur bisherigen Rechtslage	367
C.	Zuständigkeit im Mitgliedstaat des letzten gewöhnlichen Aufenthalts (Art 4)	367
1.	Allgemein/Verhältnis zu den Art 5 ff	367
2.	Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	368
D.	Zuständigkeit bei Rechtswahl (Art 5 bis 9)	370
E.	Zuständigkeit bei letztem gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers in einem Drittstaat (Art 10 und 11)	371
F.	Sonstige Zuständigkeitsbestimmungen (Art 12 bis 13 und Art 19)	371
1.	Entgegennahme von Erklärungen (Art 13)	371
2.	Einstweilige Maßnahmen (Art 19)	372
3.	Einschränkung des Verfahrens (Art 12)	372
G.	Verfahrensrechtliche Vorschriften (Art 14 bis 18)	372
H.	Koordinierung der Zuständigkeiten der VO	372
XI.	Anzuwendendes Recht (IPR)	372
A.	Überblick	372
B.	Verhältnis zum Kapitel II	373
C.	Bisherige Rechtslage und ErbRÄG 2015	374
D.	Das objektive Erbstatut (Art 21)	375
1.	Überblick/Abs 1 (gewöhnlicher Aufenthalt)	375
2.	Abs 2 (Ausweichklausel)	375
E.	Rechtswahl (Art 22)	376
1.	Allgemein	376
2.	Wahl des Heimatrechts	376
3.	Ausdrückliche und konkludente Rechtswahl	376
4.	Formelle Gültigkeit der Rechtswahl	377
5.	Materielle Gültigkeit der Rechtswahl	377
6.	Widerruf und Änderung der Rechtswahl	377
7.	Sachnormverweisung (Art 34 Abs 2)	378
8.	Übergangsbestimmung	378
F.	Letztwillige Verfügungen und Erbverträge (Art 24 bis 27)	378
1.	Allgemein	378
2.	Zur Form von letztwilligen Verfügungen und Erbverträgen (Art 27, 75)	378
3.	Zur materiellen Wirksamkeit iwS von letztwilligen Verfügungen und Erbverträgen	378
a)	Letztwillige Verfügungen (Art 24)	378
b)	Erbverträge (Art 25)	379

4. Verhältnis zum allgemeinen Erbstatut	379
5. Übergangsbestimmung	379
G. Form bestimmter Erklärungen (Art 28)	379
H. Nachlassverwaltung (Art 29)	380
I. Sondererbfolgen (Art 30)	380
J. Erbenloser Nachlass (Art 33)	380
K. Sachnorm- und Gesamtverweisungen (Art 34)	380
L. Ordre-public-Klausel (Art 35)	380
XII. Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen (Kapitel IV)	381
XIII. Annahme ¹²⁸ öffentlicher Urkunden (Art 59)	382
XIV. Das Europäische Nachlasszeugnis (ENZ) ¹³¹	383
A. Allgemein	383
B. Wirkungen	383
C. Ausstellung des ENZ	384
D. Rechtsmittel und -behelfe	384
E. Umsetzung in Österreich	385
XV. Die Anpassung des AußStrG durch das ErbRÄG 2015	385
A. Abgrenzung Erbstatut – Verfahrensrecht	385
B. Verfahrenseinleitung	385
C. Zum Vorverfahren	386
D. Ausfolgung (§ 150 AußStrG)	386
E. Übernahme letztwilliger Verfügungen (§§ 151 f AußStrG)	386
F. Unterbleiben der Abhandlung (§ 153 AußStrG)	387
G. Überlassung an Zahlungen statt (§§ 154 f AußStrG)	387
H. Vertretung – Kuratoren (§ 156 und §§ 171 bis 173 AußStrG) ...	387
I. Erberklärungen	387
J. Inventar	388
K. Rechte der Gläubiger (Absonderung und Gläubigeraufruf; §§ 174 f AußStrG)	389
L. Voraussetzungen, Inhalt und Wirkungen der „Einantwortung“	389
M. Erbteilung	390
N. Nach der Einantwortung	390
XVI. Mögliche Fallkonstellationen	391
A. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers in Österreich ...	391
1. Keine Rechtswahl des Erblassers	391
2. Rechtswahl des Erblassers	391
B. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers in einem anderen Mitgliedstaat	391
1. Keine Rechtswahl des Erblassers	391
2. Rechtswahl des österreichischen Erblassers	391

C. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers in einem Drittstaat	392
1. Keine Rechtswahl des Erblassers	392
2. Rechtswahl des Erblassers (wenn österreichischer Staatsbürger)	392

Anhänge

1. Erbrechts-Änderungsgesetz 2015 – ErbRÄG 2015, BGBl I 2015/87	395
2. Regierungsvorlage zum Erbrechts-Änderungsgesetz 2015, 688 BlgNR 25. GP	445
3. Bericht des Justizausschusses zum Erbrechts-Änderungsgesetz 2015, 718 BlgNR 25. GP (Auszug)	525
4. Verordnung (EU) Nr 650/2012	539
5. Einführungserlass vom 15. Juli 2015 zur Verordnung (EU) Nr 650/2012	571
Stichwortverzeichnis	583